

Ein fairer Grüner Deal für alle.

15 Vorschläge zur Dynamisierung der Städte und Regionen

Als progressive lokale und regionale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sind wir fest davon überzeugt, dass der Kampf gegen den Klimawandel und den Rückgang der biologischen Vielfalt untrennbar mit der Bekämpfung sozialer und territorialer Ungleichheiten verbunden ist. Die in diesem Sommer aufgetretenen Extremwetterereignisse haben erneut verdeutlicht, welche Folgen der Klimawandel für verschiedene Regionen, ihre Bevölkerung sowie die lokale Wirtschaft hat. Die vom Menschen verursachte Erderwärmung wirkt sich auf alle Aspekte unseres Lebens aus: die Luft, die wir atmen, die Lebensmittel, die wir essen, das Wasser, das wir trinken, und die Orte, an denen wir leben.

Allein die Luftverschmutzung verursacht jedes Jahr fast 300 000 vorzeitige Todesfälle in Europa und stellt eine schwerwiegende Bedrohung für besonders gefährdete Menschen dar.

Die Landwirtschaft setzt in der EU erhebliche Mengen an Ammoniakemissionen frei, wodurch die Ökosysteme und das Grundwasser geschädigt werden. Gleichzeitig bedeutet die Umstellung auf nachhaltigere Methoden der Nahrungsmittelerzeugung eine große Belastung für die Landwirte.

36 % der Treibhausgasemissionen in Europa gehen auf Wohngebäude zurück, während 40 % der europaweiten Stickoxidemissionen, insbesondere in städtischen Gebieten und entlang verkehrsintensiver Straßen, durch den Straßenverkehr verursacht werden. Durch unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen haben Energie- und Mobilitätsarmut weiter zugenommen, was sich äußerst negativ auf die Nachhaltigkeitswende im Gebäude- und Verkehrssektor auswirkt.

Wir müssen dringend handeln!

Europäische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben den Anstoß für den europäischen Grünen Deal gegeben, ein ehrgeiziges, auf 30 Jahre angelegtes Projekt mit dem Ziel, den Klimawandel und den Verlust an biologischer Vielfalt mithilfe grundlegender legislativer und kultureller Veränderungen zu bekämpfen, die EU bis 2050 klimaneutral zu machen und die Energie- und Nahrungsmittelversorgung unseres Kontinents sicherzustellen. Der europäische Grüne Deal hat beispiellose Anstrengungen zur Überarbeitung der Rechtsvorschriften in Gang gesetzt, da mit ihm nicht nur ehrgeizige Ziele in den Bereichen Umwelt, biologische Vielfalt und Landwirtschaft festgelegt, sondern auch zahlreiche gesellschaftliche Herausforderungen angegangen werden. Nun ist es an der Zeit, den Grünen Deal umzusetzen und dabei die Multiplikatorwirkung der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften zu nutzen, um die gesamte Gesellschaft für den Grünen Deal zu mobilisieren und dafür zu sorgen, dass er in allen EU-Regionen sozialen Nutzen und positive Verteilungseffekte für unsere Gesellschaften bringt.

Progressive lokale und regionale Gebietskörperschaften nehmen eine Vorreiterrolle dabei ein, die grünen Ziele der EU vor Ort umzusetzen und klimaresiliente Lebensgrundlagen aufzubauen, die sich auf die Grundsätze der aktiven Subsidiarität, der Fairness, der sozialen Gerechtigkeit und des territorialen Zusammenhalts stützen. Den Grünen Deal zu einer zugänglichen und erschwinglichen Lösung für alle machen – so muss die oberste Priorität unserer politischen Familie in der kommenden EU-Legislaturperiode 2024–2029 lauten. Nach dieser Devise sollte Europa einen Rahmen für nachhaltiges und inklusives Wohlergehen schaffen.

Ein fairer Grüner Deal für alle.

15 Vorschläge zur Dynamisierung der Städte und Regionen

Als progressive lokale und regionale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger fordern wir die Umsetzung folgender 15 Vorschläge auf EU-Ebene:

- 1 Bürger, Städte und Regionen aktiv in den grünen Wandel einbeziehen**

Es sollte ein neuer Governance-Rahmen zum Schutz des europäischen Grünen Deals geschaffen werden, bei dem die Bürgerinnen und Bürger, Städte und Regionen als wichtige Umsetzungsakteure aktiv einbezogen werden. Mit dem derzeitigen Rahmen für die Energie- und Klimapolitik wird es nicht möglich sein, Klimaneutralität zu erreichen, da die wichtigsten Klimaziele auf EU-Ebene festgelegt wurden, während energiepolitische Entscheidungen weiterhin überwiegend Sache der Mitgliedstaaten sind.
- 2 Grüne Investitionen fördern**

Durch neue Schuldenabbauziele werden öffentliche grüne Investitionen, die zur Bekämpfung des Klimawandels und des Verlusts an biologischer Vielfalt erforderlich sind, ausgebremst. Der Europäische Rechnungshof hat die Befürchtung geäußert, dass die EU ihre Klimaschutzziele für 2030 möglicherweise verfehlen wird, da keine ausreichenden öffentlichen Mittel zur Verfügung stehen. Daher ist eine Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung der EU dringend erforderlich, um öffentliche und private Investitionen in den grünen Wandel zu unterstützen.
- 3 Die Möglichkeiten für grüne Investitionen im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität umfassend nutzen**

Member States should make full use of the Recovery and Resilience Facility (RRF) for Green Deal-related investments. An extension of the timeframe for project implementation should be considered, following the model of regional policy.
- 4 Die Kompetenzen der Menschen zur Bewältigung des grünen und des digitalen Wandels verbessern**

Es muss dafür gesorgt werden, dass die Arbeitgeber nicht nur in neue Technologien, sondern auch in das zu ihrer Nutzung erforderliche Humankapital investieren. Nun geht es darum, die Menschen so schnell wie möglich mit den Kompetenzen auszustatten, die sie benötigen, um mit den durch den grünen und den digitalen Wandel bedingten Veränderungen in der Arbeitswelt Schritt halten zu können. In diesem Zusammenhang fordern wir die Schaffung einer Sozialtaxonomie.
- 5 Das Recht auf saubere Luft gewährleisten**

Es gilt, die Umsetzung des Null-Schadstoff-Aktionsplans zu beschleunigen. Dazu müssen die ehrgeizigen Ziele der EU durch geeignete und konsequente Maßnahmen zur Unterstützung seiner wirksamen Umsetzung flankiert werden. Ferner sollten EU-Mittel nicht zur Finanzierung von Vorhaben eingesetzt werden, die eigentlich in die Verantwortung der Verursacher fallen. Bürgerinnen und Bürger, deren Gesundheit durch Luftverschmutzung gefährdet ist, sollten weitergehende Entschädigungsansprüche geltend machen können, wenn gegen Vorschriften verstoßen wird und Grenzwerte überschritten werden.
- 6 Die Kreislaufwirtschaft fördern**

Hier geht es darum, rascher von einem extraktiv-linearen Produktionssystem zu einer regenerativen Kreislaufwirtschaft überzugehen. Dazu müssen die erforderlichen Weiterbildungsmaßnahmen und Innovationen im sozialen und technologischen Bereich vorangetrieben, nachhaltige Produktions- und Verbrauchsmuster gefördert und die Vorbildfunktion der Behörden durch eine massive Umstellung auf kreislauforientierte und umweltverträglichere Kriterien für die Vergabe öffentlicher Aufträge genutzt werden.
- 7 Die Verordnung über die Wiederherstellung der Natur zum Abschluss bringen und weniger Pestizide einsetzen**

Der Vorschlag der Kommission für eine Verordnung über die Wiederherstellung der Natur, der darauf abzielt, Ökosysteme, Lebensräume und Arten in den Land- und Meeresgebieten der EU wiederherzustellen, droht zu scheitern. Diese Verordnung muss unbedingt noch vor Ende der laufenden Legislaturperiode zum Abschluss gebracht werden. Diese Bestrebungen stehen in engem Zusammenhang mit unserem Ziel, den Einsatz von Pestiziden und die damit einhergehenden Risiken bis 2030 um 50 % zu verringern und für kohärente Maßnahmen zur Förderung gesunder Böden und einer umweltverträglichen Schädlingsbekämpfung zu sorgen.

- 8 Die Agrarmärkte regulieren**

Es muss für eine konsequente Regulierung der Agrarmärkte sowie u. a. für die Bildung von Vorräten und gerechtere internationale Handelsabkommen gesorgt werden, um Spekulationen und der Inflation der Lebensmittelpreise Einhalt zu gebieten, die vor allem zulasten der am stärksten benachteiligten Menschen und schwächsten Verbraucher in Europa geht. Die Ernährungssicherheit muss durch Resilienz und Nachhaltigkeit bei der Erzeugung und beim Verbrauch von Nahrungsmitteln sichergestellt werden.
- 9 Den Zugang zu hochwertigen Lebensmitteln gewährleisten**

Hier gilt es, dafür zu sorgen, dass die künftige europäische Politik zur Entwicklung eines Systems der sozialen Sicherheit für Lebensmittel beiträgt, damit der Zugang zu nachhaltigen, gesunden und erschwinglichen Lebensmitteln für alle Menschen in unseren Regionen und Städten gefördert wird.
- 10 Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) reformieren**

Die GAP sollte überarbeitet werden, um Rahmen für eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land in den Bereichen Ernährung und Landwirtschaft zu entwickeln und die lokalen und regionalen Lebensmittelsysteme zu stärken. Dadurch kann für eine höhere Lebensmittelqualität, eine nachhaltigere Landwirtschaft, bessere Arbeitsbedingungen im Agrarsektor, gerechte Einkommen für die Landwirte und gleichzeitig für den Zugang zu landwirtschaftlichen Flächen gesorgt werden.
- 11 Den Klima-Sozialfonds wirksam einsetzen**

Im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) sollten die Mittel für den Klima-Sozialfonds aufgestockt werden, um schutzbedürftige Verbraucherinnen und Verbraucher sowie kleine Unternehmen bei der Überwindung von Energie- und Mobilitätsarmut zu unterstützen. Der Klima-Sozialfonds sollte im Rahmen der Kohäsionspolitik durchgängig berücksichtigt und gemeinsam mit den Regionen verwaltet werden. Gleichzeitig sollte die EU davon absehen, Unternehmen finanziell zu unterstützen, die im Bereich fossiler Brennstoffe tätig sind.
- 12 Den Zugang zu erschwinglichem Wohnraum verbessern**

Zu viele Bürgerinnen und Bürger sind aufgrund der Finanzialisierung von Wohnraum, der als Handels- und Investitionsobjekt angesehen wird, mit ihren Wohnkosten überlastet und leben in unsicheren Wohnverhältnissen. Wohnraum ist ein Menschenrecht, das in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte anerkannt wird und als Grundsatz 10 in der Europäischen Säule sozialer Rechte verankert ist. Daher muss entschlossener auf einen besseren Zugang zu erschwinglichem Wohnraum hingewirkt und dabei sowohl der Rechtsrahmen für staatliche Beihilfen als auch für spekulative Investitionen in Wohnraum in den Blick genommen werden.
- 13 Für angemessenen Wohnraum sorgen**

Die Renovierungswelle sollte dazu beitragen, die Qualität und Erschwinglichkeit von Wohnraum in der gesamten EU zu verbessern, und die Stadtplanung sollte stärker auf den Menschen ausgerichtet werden. Mit Unterstützung der Europäischen Initiative für verantwortungsvolles Wohnen sollten mit ihr zudem Qualitätsstandards für Wohnraum im Allgemeinen und für Sozialwohnungen im Besonderen gefördert werden. Um eine nachhaltige städtische Umwelt zu begünstigen und unseren Städten eine bessere Zukunft zu ermöglichen, sollten die politischen Entscheidungsträger auf die Verdichtung der Städte hinwirken und ihr Auswuchern begrenzen.
- 14 Energiearmut beseitigen**

Der RePowerEU-Plan und die Umsetzung des Pakets „Fit für 55“ sollten genutzt werden, um die Energiewende hin zu einem dezentraleren und demokratischeren Energiesystem, das eine nachhaltige, sichere und erschwingliche Energieversorgung für alle gewährleistet, weiter zu beschleunigen. Es muss stärker in erneuerbare Energien investiert werden und der Schwerpunkt auf die Entwicklung sauberer Technologien, wie u. a. erneuerbaren Wasserstoffs, gelegt werden. Initiativen wie die lokalen Energiegemeinschaften sollten als Instrument zur Bekämpfung von Energiearmut weiter unterstützt werden.
- 15 Nachhaltige Mobilität zugänglich machen**

Grundsatz 20 der Europäischen Säule sozialer Rechte muss in die Praxis umgesetzt werden. Dazu sollte das Recht aller EU-Bürgerinnen und -Bürger auf eine nachhaltige und erschwingliche Mobilität als grundlegende Dienstleistung durchgesetzt und eine Strategie zur Bekämpfung des in der EU zunehmenden Problems der Mobilitätsarmut aufgelegt werden. Gemeinsam mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sollte ein Indikator für die verschiedenen Mitgliedstaaten erstellt werden, der sowohl die Mobilitätsprobleme als auch die Energiearmut abbildet und damit einen Beitrag zu neuen Ansätzen in der Stadtgestaltung und -planung leistet. Ferner müssen Subventionsregelungen eingeführt werden, mit denen die Verbreitung von Elektrofahrzeugen in abgelegenen ländlichen Gebieten gefördert wird.